

NEWSLETTER MÄRZ / APRIL 2011

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

Seit dem 11. März 2011 geschieht im japanischen Fukushima genau das, was nach Auffassung der Atomlobby nie, aber nach Tschernobyl nun schon zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit geschah: Gleich in drei Reaktoren findet eine Kernschmelze statt, verbunden mit Explosionen und einem bis heute andauernden massiven Austritt an Radioaktivität. Kurz vor dem 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 26. April führen uns die dramatischen Bilder aus dem japanischen Atomkraftwerk Fukushima abermals die unbeherrschbaren Gefahren der Atomkraft vor Augen. Das „Restrisiko“ ist endgültig zum realen Risiko geworden.

Die Ereignisse von Fukushima mahnen uns, noch entschiedener, noch engagierter und noch konsequenter in der Energiepolitik umzusteuern. Statt Laufzeiten zu verlängern und Sicherheitsstandards zu reduzieren, wie es die schwarz-gelbe Bundesregierung mit vor nicht einmal fünf Monaten gemacht hat, müssen und können wir schneller raus der Atomkraft und hin zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Dazu hat die Grüne Bundesfraktion einen Fahrplan vorgelegt.

Das die Bürgerinnen und Bürger einen schnellen Ausstieg aus der Kernkraft fordern, zeigen nicht nur die eindrucksvollen Anti-AKW-Demonstrationen, sondern auch die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Wir hoffen, dass die Bundesregierung und CDU/CSU und FDP die Botschaft der übergroßen Mehrheit im Land verstanden haben und Ernst machen mit einem schnellen Atomausstieg. Bei rechtlich fragwürdigen Moratorien und Ethikkommissionen darf es jetzt nicht bleiben!

Auch wenn das Thema Atomkraft zu Recht unsere parlamentarische Arbeit in den vergangenen Wochen dominiert hat, gibt es weitere interessante Neuigkeiten im Energiebereich. Diese finden Sie wie immer in meinem aktuellen Newsletter, der diesmal über meine Arbeit im März und April berichtet.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen und frohe Ostern!



Oliver Krischer

Themen dieser Ausgabe

1. Das Atomzeitalter endlich beenden!
2. Atomlast AVR Jülich
3. CCS-Gesetz im Bundeskabinett verabschiedet
4. Unkonventionelles Erdgas – Weiterhin offene Fragen
5. Ende der Steinkohlesubventionen 2018 besiegelt
6. Ablehnung unseres Gesetzentwurfes zur Rekommunalisierung
7. Mitverbrennung von Müll in Kohlekraftwerken
8. Aktuelle Studien zu den Erneuerbaren Energien
9. AKW Tihange in Belgien – Gefahr für Deutschland?
10. Film-Termine "Neue Energie in Bürgerhand"
11. Ostermarsch gegen Atomkraft
12. Bundestagsbüro Oliver Krischer bildet aus!

1) Das Atomzeitalter endlich beenden!

Die Situation im AKW Fukushima zeigt, dass Atomkraft selbst in einem High-Tech-Land wie Japan eine von Menschen nicht beherrschbare hochgefährliche Risikotechnologie ist. Denn spätestens seit dem Erdbeben in Japan entlarvt sich die hierzulande von der Atomwirtschaft und ihren Befürwortern in der Politik gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, deutsche Atomkraftwerke seien sicher, als das was es immer schon war: Pure Ideologie. Diese Technologie ist nicht beherrschbar. Wer nach Fukushima weiter auf die Laufzeitverlängerung von Reaktoren setzt, verabschiedet sich endgültig aus jeder seriösen Debatte über eine zukunftsfähige, verantwortbare und risikoarme Energieversorgung.

Als erste Reaktion auf die schrecklichen Ereignisse in Fukushima haben Bündnis 90/Die Grünen ein **Gesetz zur Rücknahme der Laufzeitverlängerung** in den Bundestag eingebracht. Per Gesetzesänderung wollen wir zudem die sieben ältesten AKWs und den Pannenreaktor Krümmel in unserem **„Gesetzentwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes – Abschalten der acht unsichersten Atomkraftwerke“** sofort und endgültig stilllegen. Das wäre eine rechtssichere Grundlage im Gegensatz zum fragwürdigen „Moratorium“ der Bundesregierung, das am Ende auch noch Entschädigungszahlungen an die AKW-Betreiber nach sich ziehen könnte. Zudem haben wir einen konkreten **Fahrplan für den Atomausstieg** in der grünen Bundestagsfraktion verabschiedet. Darüber hinaus haben wir in unserem Antrag **"Atomzeitalter beenden - Energiewende jetzt"** konkret dargelegt, was jetzt beim Ausbau der erneuerbaren Energien, beim Energiesparen und beim Ausbau der Netze getan werden muss, um den Ausstieg zu beschleunigen und alle deutschen Atomkraftwerke bis spätestens zum Ende der nächsten Wahlperiode abzuschalten.

In meiner **Rede im Bundestag zur Sicherheitsüberprüfung von Atomkraftwerken** habe ich Ende März darauf hingewiesen, dass es auch in Deutschland erhebliche Mängel bei Atomkraftwerken gibt und wir endlich aus der Atomkraft aussteigen müssen.

Auch der Länderrat von Bündnis 90/Die Grünen hat in zwei Beschlüssen Mitte März gefordert, das Atomzeitalter in Deutschland schnell zu beenden und die Urananreicherung im nordrhein-westfälischen Gronau einzustellen, sowie die teuren und unnötigen Transporte von Jülich nach Ahaus zu stoppen. Alle Beschlüsse finden sich **HIER**.

Das ein baldiger Ausstieg aus der Atomkraft möglich ist, unterstreicht auch das

wissenschaftliche Gutachten **„Schneller Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland – Kurzfristige Ersatzoptionen, Strom- und CO₂-Preiseffekte“** von Dr. Felix Mathes vom Ökoinstitut in einer Kurzanalyse für den WWF.

Seit der vorübergehenden Abschaltung der sieben ältesten AKW verbreitet die Atomlobby die Mär eines Importbedarf von französischem Atomstrom. Deutschland ist trotz abgeschalteter AKW immer noch Stromexportland. So fließt zwar zeitweise Strom von Frankreich nach Deutschland, der aber dann in die Schweiz weiterexportiert wird. Die in Deutschland vorhandenen Kraftwerkskapazitäten reichen auch aktuell bei weitem aus, den Bedarf hierzulande zu decken. Auch gibt es bisher keinen Beleg dafür, dass sich durch die Abschaltung der AKW die Strompreise an der Börse dauerhaft verteuert haben. Das Öko-Institut hat zudem in der Studie **„Atomstrom aus Frankreich? Kurzfristige Abschaltungen deutscher Kernkraftwerke und die Entwicklung des Strom-Austauschs mit dem Ausland“** eindrucksvoll dargelegt, dass die von der Atomlobby seit der Abschaltung der sieben AKW in Deutschland immer wieder verbreitete Behauptung, es komme dadurch zu Import von Atomstrom aus Frankreich und Tschechien nicht haltbar ist.

Damit ein Ausstieg gelingen kann, bedarf es jedoch einer grundlegend anderen Energiepolitik, als sie momentan von Schwarz-Gelb betrieben wird. Es bedarf auch sicher keiner neuen Kohlekraftwerke wie etwa von SPD und FDP jüngst gefordert. Dies würde uns erneut in eine energiepolitische Sackgasse führen, statt den Weg in die Zukunft mit Erneuerbaren Energien zu ebnen.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung jetzt permanent von einem "beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien" redet, kann nicht über ihr gegenteiliges Handeln hinwegtäuschen: Das EEG wird immer wieder in Frage gestellt, das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien im Wärmebereich (MAP) und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sind drastisch gekürzt worden und sollen im Haushalt 2012 weiter zusammengestrichen werden. Von den KWK-Ausbauzielen hat sich die Bundesregierung völlig verabschiedet, Energieeffizienzpolitik kommt bei Schwarz-Gelb nicht vor. Das ist das Gegenteil einer Energiewende ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien.

2) Atomlast Jülich

Obwohl schon seit über 20 Jahren stillgelegt und bei bisher veranschlagten Kosten von über 700 Mio. Euro für Rückbau und Entsorgung, ist die Hinterlassenschaft des Kugelhaufenreaktors AVR Jülich bis heute eine riesige Atomlast: Ein nicht zerlegbarer, hochverstrahlter Reaktorkern, ein durch den Beinahe-GAU 1978 radioaktiv verseuchtes Erdreich, 152 Castoren mit radioaktiven Brennelementekugeln u. v. m.

Vor kurzem sorgte die Antwort der NRW-Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen Landtagsfraktion über den Verbleib von 2.285 hochradioaktiven Brennelementekugeln für erhebliches Aufsehen. Die Sorge, die Kugeln könnten verschwunden und möglicherweise in der Asse gelandet sein, haben vor allem das Forschungszentrum Jülich und die Bundesregierung als 90 prozentige Mehrheitseignerin der Anlage durch ihre intransparente und auf Vertuschung ausgerichtete Öffentlichkeitspolitik befördert. Mehr dazu **HIER**.

3) CCS-Gesetz im Bundeskabinett verabschiedet

Das Gesetz zur Abscheidung, Transport und Verpressung von CO₂ (CCS-Gesetz) wurde am 13. April in großer Eile im Bundeskabinett verabschiedet. Die schwarz-gelbe Regierung muss nun offensichtlich nach der Kernschmelze ihres

Energiekonzepts irgendwo Handlungsfähigkeit vortäuschen. Anders ist der Versuch nicht zu werten, den anhaltenden Widerstand der Bundesländer – vor allem der CDU/FDP geführten Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen – jetzt durch einen Schein-Kompromiss zu lösen. Bei der umstrittenen Frage, ob die Länder CCS auf ihrem Gebiet verbieten können, hat man so eine allgemeine Formulierung gewählt, die nichts klärt. Eine Lösung à la Merkel!

Das Gesetz sollte vor allem eine Lex Vattenfall sein, denn der Konzern plant in Jämschwalde (Brandenburg) das einzige CCS-Projekt in Deutschland. Die Rechnung scheint die Bundesregierung jedoch ohne das rot-rot regierte Brandenburg gemacht zu haben. Denn Rot-Rot will dem Gesetz im Bundesrat in der aktuellen Fassung nicht zustimmen. Damit steht das einzige geplante CCS-Demonstrationskohlekraftwerk in Deutschland vor dem Aus. Die Bewertung und Position zum aktuell bekannten Gesetzentwurf findet sich [HIER](#).

4) Unkonventionelles Erdgas – Weiterhin offene Fragen

Das Thema rund um die Förderung von unkonventionellem Erdgas wird auch weiterhin heiß diskutiert. Nur die Bundesregierung sieht hier anscheinend keinen Handlungsbedarf und verteilt im Umweltausschuss des Bundestages als Ausschuss-Drucksache Informationen der Öl- und Gasförderung. Die europäischen Grünen haben hingegen am 14. April ein Fachgespräch dazu in Brüssel organisiert. Diese und weitere Infos finden sich [HIER](#).

5) Ende der Steinkohlesubventionen 2018 besiegelt

Nach der Entscheidung der EU im Dezember letzten Jahres muss Deutschland die Subventionen für den Steinkohlebergbau spätestens 2018 beenden und die letzten Zechen geschlossen haben. Die Bundesregierung musste sich in Brüssel verpflichten, die sog. ‚Revisionsklausel‘, nach der eine Überprüfung des Ausstiegsbeschlusses im Jahr 2012 vorgesehen ist, zu streichen. Eine Forderung, die die Grünen Bundestagsfraktion seit Jahren immer wieder in Anträgen erhoben hatte. Zum nun vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung hat der Wirtschaftsausschuss des Bundestages eine Anhörung durchführt. Ergebnis: Außer der Steinkohlelobby RAG und IG BCE sind sich alle Fachleute und Wissenschaftler einig, der Steinkohlebergbau hat in Deutschland keine Zukunft mehr und die Subventionen müssen spätestens 2018 beendet werden. Dazu findet sich [HIER](#) meine Rede und weitere Infos finden sich [HIER](#).

6) Ablehnung unseres Gesetzentwurfs zur Rekommunalisierung

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des Bundestages hat in seiner Sitzung am 16. März 2011 über den ‚[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes](#)‘ der Grünen Bundestagsfraktion abgestimmt, welcher Änderungen bei den Regelungen zur Neuvergabe von Konzessionsverträgen für Strom- und Gasnetze vorsieht. Entgegen der Empfehlung sämtlicher Sachverständiger in der [Öffentlichen Anhörung](#) vom 24. Januar 2011, hat die Koalition unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Weitere Informationen zu dem Thema finden Sie [HIER](#).

7) Mitverbrennung von Müll in Kohlekraftwerken

RWE plant im Rhein-Erft-Kreis in zwei Braunkohlekraftwerken die bisher nur probeweise durchgeführte Mitverbrennung von Hausmüll, Altholz und anderen Abfallstoffen dauerhaft einzuführen. Entsprechende Genehmigungsanträge

sind gestellt worden. Grundsätzlich ist es möglich, dass Braunkohlekraftwerke bis zu 25 Prozent der Feuerungswärmeleistung aus Mitverbrennung von anderen Brennstoffen, wie etwa Klärschlamm, Altholz und Hausmüll gewinnen können. Dafür müssen dann auch keine strengeren Immissionsgrenzwerte für Müllverbrennungsanlagen eingehalten werden. Dies nahmen wir zum Anlass für eine **Kleine Anfrage** an die Bundesregierung.

Daraus geht hervor, dass für die Kohlekraftwerksbetreiber die Mitverbrennung von Müll zunehmend lukrativ ist, da sie auf Grund des hohen biogenen Anteils weniger CO₂-Zertifikate erwerben müssen. Zudem wird deutlich, dass etwa 85 Prozent der Mitverbrennungsanlagen diese CO₂-Zertifikatvorteile nutzen. Der Schutz der Bevölkerung vor Luftschadstoffen scheint bei der Bundesregierung nicht auf sonderlich hohes Interesse zu stoßen. Alle weiteren Infos finden sich **HIER**.

8) Aktuelle Studien zu den Erneuerbaren Energien

Das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR), das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und das Ingenieurbüro für neue Energien (IFNE) haben in der Sitzung des Umweltausschusses vom 23. März 2011 die Ergebnisse der „Leitstudie 2010“ vorgestellt. Die im Auftrag des Bundesumweltministeriums angefertigte Studie zeigt erneut, dass ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren Energien möglich ist. Die wichtigsten Ergebnisse und einen Link zu der kompletten Studie finden Sie **HIER**.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiedebatte hat der Bundesverband Windenergie (BWE) zwei Studien veröffentlicht, die sich mit dem Potenzial der Windkraft in Deutschland beschäftigen und mit dem Problem der Abschaltung durch das Einspeisemanagement. Infos und die Studie finden sich **HIER**.

Im Auftrag von Greenpeace Energy hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft die Studie ‚**Was Strom wirklich kostet**‘ veröffentlicht. Darin wird ein Vergleich der direkten und indirekten staatlichen Förderungen von erneuerbaren Energien, Atomenergie, Stein- und Braunkohle vorgelegt. So profitierte die Atomstromproduktion zwischen 1970 und 2010 von staatlichen Förderungen in Höhe von 186 Milliarden Euro. Der Steinkohle-Verstromung kamen 165 Milliarden Euro zugute, bei Braunkohle sind es 57 Milliarden Euro. Bei den erneuerbaren Energien betragen die staatlichen Förderungen im selben Zeitraum lediglich 28 Milliarden Euro. Aber lesen Sie am besten selbst **HIER** weiter.

9) AKW Tihange in Belgien – Gefahr für Deutschland?

Das belgische Kernkraftwerk Tihange liegt nur etwa 60 km von der deutschen Grenze entfernt und liegt damit deutlich näher am Rheinland als jedes deutsche Atomkraftwerk. Es wird vom belgischen Konzern Electrabel betrieben. Neben dem Kernkraftwerk Doel ist es eines von zwei in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken Belgiens. Welche Gefahren von dort ausgehen war Anfrage an die Bundesregierung. Die Antwort war ernüchternd. **HIER** finden sich weitere Infos. Am 28. April findet eine gemeinsame Veranstaltung mit den belgischen Grünen am Grenzübergang Köpfchen (zwischen Aachen und Eupen) statt, wozu Sie herzlich eingeladen sind. Für weitere Infos steht Ihnen mein Büro gerne zur Verfügung.

10) Film-Termine "Neue Energie in Bürgerhand"

Nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen in Japan wünscht sich eine überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Film „Neue Energie in Bürgerhand“ – zeigt am Beispiel mehrerer Gemeinden in Deutschland, wie der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien funktionieren kann und regt zur Nachahmung an. Ihr Beispiel macht Mut und bringt die Chancen und Vorteile eines konsequenten Ausbaus der Erneuerbaren Energien auch den Bürgerinnen und Bürgern näher, die sich bisher noch nicht intensiv mit dem Thema beschäftigt haben. Die grüne Bundestagsfraktion geht mit diesem Film auf eine bundesweite Tour und diskutiert vor Ort über die Energieversorgung der Zukunft. Weitere Infos und eine Übersicht der Termine finden sich **HIER**.

11) Ostermarsch gegen Atomkraft

Am 25. April – dem 25. Jahrestag der Tschernobyl-Reaktorkatastrophe – rufen viele Aktionsbündnisse zu Anti-Atom-Demonstrationen – auch im nordrhein-westfälischen Gronau – auf. In der dortigen Urananreicherungsanlage (UAA Gronau) wird Uran von der Firma Urenco für die Verwendung in Atomkraftwerken vorbereitet. Alle weiteren Infos zu dieser und aller anderen Demos in Deutschland am 25. April finden sich **HIER**.

12) Bundestagsbüro Oliver Krischer bildet aus!

Das Bundestagsbüro von Oliver Krischer sucht im Berliner Büro zum 01. September 2011 einen jungen Menschen für einen Ausbildungsplatz zum/zur Bürokaufmann/-frau. Interessierte können sich bis zum 01. Juni 2011 unter oliver.krischer@bundestag.de bewerben. Die Ausschreibung und weitere Infos finden sich **HIER**.